

NACHRICHTEN

Tunnels bleiben auch tagsüber zu

OBWALDEN red. Zwischen Lopper- und Sachsler Tunnel werden vom 5. bis 9. September Unterhalts- und Instandsetzungsarbeiten ausgeführt: Der Tunnel Sachseln ist vom 6. bis 9. September jeweils von 20 bis 15.30 Uhr gesperrt, der Lopper-Tunnel bis Sarnen vom 5. bis voraussichtlich 7. September, jeweils von 20 bis 5 Uhr. Die Nacht vom 7. auf den 8. September gilt als Reserve, da gewisse Arbeiten witterungsabhängig sind. Umleitungen werden signalisiert.

Hilfsfonds: Nein zu Motion

NIDWALDEN red. In einem parlamentarischen Vorstoss fordert Landrat Armin Odermatt (CVP, Oberdorf), das Hilfsfondsgesetz so zu ändern, dass nicht versicherbare Elementarschäden in Hochwasserentlastungsgebieten künftig zu 100 und nicht nur zu 90 Prozent vergütet werden.

Der Regierungsrat unterstützt die Motion nicht. Das Wesen des Hilfsfonds sei es, die Folgen eines entstandenen Schadens für den Betroffenen zu mildern. Ein gewisses Restrisiko zu belassen, erachtet die Regierung daher als gerechtfertigt, um eine «Kultur der Sorgfalt» zu erhalten. Das Anliegen sei mit Blick auf eine vereinfachte Schadenabwicklung aber nachvollziehbar, schreibt er in einer Pressemitteilung.

Der Hilfsfonds trage wesentlich zu einer effizienten und effektiven Bewältigung von nicht versicherbaren Elementarschadensereignissen bei. Ohne die entsprechenden Leistungen könnten die für den Einzelnen oftmals kaum tragbaren Schäden von den betroffenen landwirtschaftlichen Familien nicht mehr behoben werden.

CVP: Nein zu Verfassungsartikel

NIDWALDEN Die CVP folgt bei den eidgenössischen Vorlagen vom 25. September der Mutterpartei. Zu Ablaufdaten für Gesetze gibt es eine deutliche Nein-Parole.

MARTIN UEBELHART
martin.uebelhart@nidwaldnerzeitung.ch

Die Delegiertenversammlung der CVP Nidwalden fasste am Donnerstagabend die Parolen für den Urnengang vom 25. September. Stefan Bosshard, frisch gewählter FDP-Präsident, stellte als Gast die Volksinitiative «Zeitliche Befristung von Gesetzen» vor, welche Exponenten von SVP und FDP lanciert hatten. «Wir wollen nicht nur über Bürokratieabbau reden, sondern auch handeln», hielt er fest. Die Überregulierung schränke die persönliche Freiheit und die Eigenverantwortung ein. Gewerbetreibende und Landwirtschaft könnten ein Lied davon singen, wie viel Formulare man auszufüllen habe. Bosshard ortet auch eine Verschlechterung der Rahmenbedingungen für die Wirtschaft. Die Initiative soll bewirken, dass sich Regierung und Landrat bei jedem neuen Gesetz mit der Beschränkung der Gültigkeit auseinandersetzen. Der neue Verfassungsartikel lege fest, dass ein Gesetz in der Geltungsdauer beschränkt werden könne. Bei Ablauf der Gültigkeit muss überprüft werden, ob das Gesetz noch sinnvoll ist.

Unnötige Bestimmung

Stefan Hurschler vertrat die Seite der Initiativ-Gegner. Auf den ersten Blick möge die Initiative bestehend sein, doch bei genauerem Hinsehen würden die Mängel augenfällig. «Es ist schon heute möglich, Gesetze zu befristen, und das wird beispielsweise beim Landwirtschaftsgesetz auch gemacht», sagte der Oberdorfer CVP-Landrat. Gesetze sollten aufgehoben oder revidiert werden, wenn der Bedarf dafür gegeben sei. Das sei



«Es ist schon heute möglich, Gesetze zu befristen.»

STEFAN HURSCHLER,
CVP-LANDRAT OBERDORF



«Wir wollen nicht nur über Bürokratieabbau reden, sondern auch handeln.»

STEFAN BOSSHARD,
PRÄSIDENT FDP NIDWALDEN

besser als sich an Fristen zu halten, die festgelegt worden seien. Die Initianten hätten sich die Eliminierung unnötiger Bestimmungen auf die Fahne geschrieben. Mit der Initiative würden sie eine solche auf Verfassungsebene einführen. «Entgegen dem subjektiven Empfinden nimmt die Regulierung im Kanton Nidwalden nicht zu», sagte er.

Selbst wenn die Initiative abgelehnt werde, verbuche sie laut Hurschler zwei Erfolge: «Wir wissen jetzt, dass man heute schon die Gültigkeit von Gesetzen beschränken kann.» Zudem habe der

Kantonalvorstand neu bestellt

WAHLEN mu. Die Nidwaldner CVP hatte sich am Donnerstagabend in Oberdorf auch mit zahlreichen Wahlgeschäften zu befassen. Neu in den Vorstand kommen Josef Niederberger von Amtes wegen als Regierungsrat und Landrätin Alice Zimmermann. Sie gehörte bereits zuvor als Fraktionschefin dem Vorstand an und hat sich nach Abgabe dieser Funktion entschlossen, weiterhin im Gremium tätig zu sein. Die Regierungsmitglieder Karin Kayser und Othmar Filliger, die Landräte Therese Rotzer und Andreas Gander sowie Eva Keiser, Mario Röthlisberger, Karin Schleifer und Rita Schuler wurden für weitere zwei Jahre bestätigt. Therese Rotzer amtet weitere zwei Jahre als Präsidentin. Neuer erster Vizepräsident wurde Andreas Gander, als zweiter Vizepräsident wurde Karin Schleifer gewählt. Bruno Christen, der neue Chef der Landratsfraktion, sitzt künftig ebenfalls im Vorstand.

Verabschiedet wurden der scheidende erste Vizepräsident Erich Amstutz sowie alt Ständerat Paul Niederberger.

Parole. Bosshards FDP hatte tags zuvor ebenfalls knapp die Nein-Parole beschlossen (Ausgabe von gestern).

Instrumente für Nachrichtendienst

Die Luzerner CVP-Nationalrätin Ida Glanzmann sprach zum Referendum gegen das neue Nachrichtendienstgesetz. Die heutigen Möglichkeiten des Nachrichtendienstes genügen den Anforderungen nicht mehr. «Uns ist es wichtig, dass wir die innere Sicherheit gewährleisten können.» Mit dem Gesetz gebe man dem Nachrichtendienst die notwendigen Instrumente in die Hand. «Wir wechseln von einer Kutsche zu einem Ferrari», so Glanzmann. Befürchtungen nach zu starker Überwachung seien unbegründet, weil es aufwendige Bewilligungsverfahren brauche. Die Delegierten der Nidwaldner CVP folgten einstimmig Glanzmanns Empfehlung, zum Gesetz die Ja-Parole herauszugeben.

«Utopische» Ressourcen-Ziele

Karin Schleifer, Mitglied des Kantonalvorstands, stellte die Volksinitiative für «Grüne Wirtschaft» vor. Sie persönlich teile zwar das Anliegen der Initiative für eine ressourcenschonende Wirtschaft, doch seinen deren Ziele zu radikal. Bis 2050 den Ressourcenverbrauch um zwei Drittel zu kürzen, sei eine Utopie. Der Wirtschaftsstandort Schweiz habe schon jetzt mit genügend Unsicherheiten zu kämpfen. Die Delegierten beschlossen mit 41 Stimmen und 4 Enthaltungen die Nein-Parole.

Ebenfalls keine Chance hatte die Volksinitiative «AHV plus: Für eine starke AHV»: Die CVP-Delegierten fassten mit 45 Stimmen einmütig die Nein-Parole. Joseph Niederberger sagte: «Die Initiative ist gefährlich.» Die AHV müsse man nicht ausbauen, sie sei im Gegenteil ein Sanierungsfall. Man müsse auf die Altersvorsorge 2020 setzen, mit welcher durch verschiedene Reformen auf die Entwicklungen insbesondere auch bei der Demografie reagiert werden soll. Mit einer Annahme der Initiative würde man den Jungen einen Bärendienst erweisen und eine verschuldete AHV hinterlassen.

Regierungsrat in Aussicht gestellt, bei künftigen Gesetzen die Frage der Befristung zu beleuchten und im Bericht an den Landrat zu thematisieren.

Viktor Baumgartner, Beckenrieder Landrat, sagte, die Initianten würden die Bevölkerung mit dem Bürokratieabbau blenden, doch trete dieser nicht ein. Das Parlament und die Regierung seien gefordert, ein Gesetz, mit dem man nicht zufrieden sei, zu ändern oder aufzuheben.

Die Delegierten beschlossen mit 43:1 Stimmen bei einer Enthaltung die Nein-

«Wir sind überschwemmt worden mit Anfragen»

ALPNACH Die Kastrationsaktion für Katzen ist auf den November geplant. Wegen der riesigen Resonanz aber ging die Arbeit schon im August los.

Mitte Juli berichtete unsere Zeitung über die Buochser Gymnasiastin Flavia Zimmermann. Im Rahmen ihrer Maturarbeit organisiert sie im November eine Kastrationsaktion für Katzen, die vornehmlich auf Bauernhöfen in Ob- und Nidwalden leben. Die Arbeit hat nun allerdings viel früher begonnen als geplant. Nach unserem Zeitungsartikel und einer Meldung im «Bauernblatt» liefen die Telefone heiss.

Deshalb wurde bereits am 12. August eine Kastrationsaktion durchgeführt. Morgen Sonntag folgt eine zweite. Und auch der Termin im November ist schon praktisch ausgebucht. «Unglaublich, damit hätte ich niemals gerechnet», sagt Flavia Zimmermann. Überrascht war sie vor allem, dass sie bislang ausnahmslos positive Reaktionen von Seite der Bauern erhalten hat. «Ich freue mich mega, dass es so gut läuft.»

Einfangen, kastrieren, zurückbringen

Kastriert werden die Katzen in einer Produktionshalle der Schmid Parkett AG in Alpnach. Geschäftsführerin Susann Schmid ist ehrenamtliche Mitarbeiterin bei der Tierschutzorganisation NetAP (Network for Animal Protection) und hilft Flavia Zimmermann tatkräftig bei der Planung der Kastrationsaktion. «Wir sind nach dem Artikel in der Zeitung überschwemmt worden mit Anfragen», blickt Susann Schmid zurück. «Ziemlich schnell wurde uns dann klar, dass wir das Ganze aufteilen müssen.» So kamen im August bereits 20 Katzen in der Parketthalle unters Messer.



Erste Kastrationsaktion vom August in Alpnach: Erst werden die Katzen eingesammelt und im Bus transportiert (Bild links), danach folgt die Operation in der Parketthalle.

PD

Morgen Sonntag stehen 41 Katzen auf der Warteliste. Vor Ort sind zwei Tierärzte, die ehrenamtlich für NetAP arbeiten, drei tiermedizinische Praxisassistentinnen und weitere freiwillige Helfer. «Gesamthaft stehen zwölf Personen im Einsatz», sagt Susann Schmid. Auch sie war von der Resonanz überrascht. «Vor allem hat mich das positive Echo der Bauern gefreut.»

Für Susann Schmid und Flavia Zimmermann bedeutet der Kastrationstag von morgen Sonntag, dass sie an diesem Wochenende kaum eine freie Minute haben werden. Die Arbeit beginnt näm-

lich bereits heute Samstag: Auf verschiedenen Bauernhöfen in Nid- und Obwalden werden die unkastrierten Katzen eingefangen, bevor sie morgen unters Messer kommen und anschliessend wieder zu den Bauernhöfen zurückgebracht werden. Mit der Kastrationsaktion könne man nicht nur einer unkontrollierten Vermehrung, sondern auch der Ausbreitung von Katzenkrankheiten entgegenwirken, betont Schmid.

Die Umnutzung der Parkett-Produktionshalle zu einer «Operationsstation» für Katzen funktioniere gut, sagt sie, zumal am Sonntag ohnehin nicht pro-

duziert werde. Und die Angestellten der Schmid Parkett AG wissen, dass an ihrem Arbeitsplatz zwischendurch auch Katzen kastriert werden. «Das läuft ohne Diskussionen», sagt Susann Schmid lachend. «Die Mitarbeiter wissen, dass ich sehr tierlieb bin.»

Katzen werden auch vermittelt

Einen eher speziellen Fall gab es bei der ersten Kastrationsaktion im August. Allein 17 Katzen wurden auf dem Hof einer alleinstehenden älteren Frau in Kerns eingefangen und kastriert. Weil die Frau just dann noch einen Unfall

hatte und anschliessend in stationäre Pflege kam, konnte man die 17 Katzen nicht wieder nach Kerns zurückbringen. «Mittlerweile haben wir für jede Katze einen neuen Platz gefunden», sagt Susann Schmid. «Es war ein enormer Aufwand.» Klar ist, dass das ursprüngliche «Einzeldatum» der Kastrationsaktion (12. November) weiterhin gilt. «Es stehen bereits etwa 50 Katzen auf der Liste», sagt Susann Schmid. Möglicherweise werde man vorher oder nachher einen weiteren Kastrationstag planen.

ADRIAN VENETZ
adrian.venetz@obwaldnerzeitung.ch